

MEHR ALS HOFFNUNG

medico-Themen und
-Kooperationen
in Lateinamerika



medico international

Inhaltsverzeichnis

3	Intro
6	Wer wird leben, wer wird sterben Bedingungen der Nekropolitik
13	Kampf um Demokratie Ausgewählte Projekte
16	Maschinerie der Gewalt Feminizide in Ciudad Juárez
23	Kampf um Menschenrechte Ausgewählte Projekte
26	Weitermachen Brasilien nach Bolsonaro
32	Kampf um Territorium Ausgewählte Projekte
35	Autor:innen

Titelbild: Sie darf nicht vergessen werden, sie muss gefunden werden: Anita Cuéllar enthüllt ein Wandbild für ihre Tochter Jessica Ivonne, die vor über 13 Jahren spurlos in Ciudad Juárez verschwand. Foto: Favia Lucero

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
info@medico.de
www.medico.de

Redaktion:
Timo Dorsch, Jana Flörchinger,
Moritz Krawinkel (verantw.),
Jan Schikora, Katharina Treubrod
Gestaltung und Bildredaktion:
Andrea Schuldt
Fotos der Autor:innen:
medico

März 2025

ZWISCHEN GEWALT, AUTORITARISMUS UND KÄMPFEN FÜR DAS LEBEN

Über Jahrzehnte galt Lateinamerika als Kontinent der Befreiung, als Fluchtpunkt demokratischer Träume, als Wiege neuer gesellschaftlicher Ideen. Das war auch bei medico international so. Nicht immer stimmten die Vorstellungen mit der komplexen Realität der lateinamerikanischen Gesellschaften überein, und doch wussten viele: Eine andere Welt ist möglich!

Schienen die gewaltvollen Erfahrungen der Militärdiktaturen des vergangenen Jahrhunderts als überwunden, sind in vielen Ländern der Region inzwischen wieder autoritäre Entwicklungen zu beobachten. Soziale und demokratische Errungenschaften, die als sicher galten, werden von alten und neuen Eliten infrage gestellt oder umfassend abgebaut. Dieser Autoritarismus ist nicht mehr eindeutig einem politischen Lager zuzuordnen, er bahnt sich unverhohlen wie in Nicaragua oder auch unter vermeintlich progressiven Vorzeichen wie in Mexiko, Brasilien und Chile seinen Weg.

Doch autoritäre Maßnahmen werden nicht nur von oben diktiert. Der Ruf nach Ordnung und einer „harten Hand“ kommt auch von unten: Über soziale Spektren hinweg äußert sich ein autoritäres Begehren, das rassistische, anti-feministische und anti-egalitäre Antworten auf soziale Probleme sucht und fordert. So erfährt El Salvadors Präsident Nayib Bukele große Zustimmung aus der eigenen Bevölkerung für den proklamierten „Kampf des Staates gegen kriminelle Banden“ – obwohl Abertausende ohne rechtliche Grundlage inhaftiert wurden. Hier zeigt sich ein Autoritarismus von unten, der nicht Gerechtigkeit zum Ziel hat, sondern vom Wunsch nach Rache getragen ist. Die Entwicklung in Lateinamerika ist damit unter spezifischen regionalen Vorzeichen Teil einer globalen Tendenz. In mancherlei Hinsicht war sie sogar einer ihrer Vorläufer.

Nicht alles an der Situation ist neu. Der Extraktivismus zum Beispiel wird allerorten weiter vorangetrieben. Indes, die Dramatik nimmt zu: Einem

eindimensionalen Fortschrittsnarrativ werden nahezu ungebremst Wälder, Gewässer und Biodiversitäten geopfert. Zumeist christlich geprägte Familien- und Rollenbilder geben Antifeminismus und Queerfeindlichkeit „Rückendeckung“ und normalisieren geschlechtsspezifische Gewalt. Das gesellschaftliche Gefüge beruht – trotz einem 500 Jahre währenden Widerstand durch indigene Gemeinden und Schwarze Bewegungen – noch immer auf kolonialen Kontinuitäten und einem tiefsitzenden Rassismus.

Der fundamentale Unterschied zwischen der Gewalt der Militärregime des letzten Jahrhunderts und jener Gewalt, die heute so endemisch geworden ist, liegt in der tiefgreifenden Ökonomisierung aller öffentlichen und privaten Lebensbereiche. Nicht alle Orte sind davon durchdrungen, nicht alle Menschen kämpfen nur ums Überleben. Dennoch haben Entwurzelung und Individualisierung, Profitmaximierung und Ausbeutung, Kämpfe um Märkte, Vormachtstellungen und die Kontrolle über Transportwege für Drogen, Waffen und Migrant:innen in weiten Teilen Lateinamerikas ein Klima großer Unsicherheit geschaffen. Die lateinamerikanische Gegenwart ist Ausdruck einer Herrschaftslogik, die jedes Streben nach Demokratie, Selbstbestimmung und Befreiung untergräbt. Die Gewalt ist auch zu verstehen als Reaktion auf die Ausweitung sozialer Konflikte. Denn der Gewalt, der Kolonisierung und dem Tod stehen unzählige Kämpfe für das Offene, das Gemeinsame, gegenüber – kurzum: für die Zukunft. Diese Kämpfe verändern sich fortlaufend und erproben neue Strategien. Neue Akteur:innen treten auf den Plan, neue Orte gewinnen an Bedeutung.

medico international steht an der Seite dieser Kämpfe, die auch von unseren Partnerorganisationen geführt, begleitet oder unterstützt werden. Diese Broschüre dokumentiert den Stand unserer Debatte und soll eine Perspektive zur Diskussion stellen, die wir für wichtig erachten, um sich auch heute solidarisch und kritisch in ein Verhältnis zu diesen Bewegungen setzen zu können. Es bleibt gewiss, dass auch in Zukunft radikale Veränderungen nur aus den Gesellschaften selbst heraus entstehen können. Zusammen können wir diese Bestrebungen nachhaltig unterstützen.

MEXIKO

GUATEMALA

EL SALVADOR

NICARAGUA

BRASIL IEN

CHILE







WER WIRD LEBEN, WER MUSS STERBEN?

Grundlagen der Nekropolitik
und Wege zur Befreiung

Von Timo Dorsch

Die Geschichte Lateinamerikas erzählt von einem unaufhörlichen Ringen zwischen zwei Gesellschaftsentwürfen. Dieses Ringen geht bis ins 15. Jahrhundert zurück. Damals begann die koloniale Unterwerfung aller sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Beziehungen unter die Logik patriarchal-kapitalistischer Herrschaft - wenngleich es auch davor Herrschaftssysteme gab, die auf Gewalt fußten. Ausbeutung der Vielen durch Wenige, Konkurrenz untereinander, Produzieren um des Produzieren willens und nicht, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, Trennung zwischen vermeintlich wichtigen produktiven und vermeintlich unwichtigen reproduktiven Arbeiten - das sind allesamt Elemente dieser Herrschaft. Und doch, am Anfang steht nicht diese Logik, vielmehr sind dort eben jene Beziehungen und Verhältnisse, die dieser Unterwerfung im Wege stehen und sich vielerorts dagegen zur Wehr setzen. Am Anfang dieser großen Geschichte stehen also das Leben außerhalb des Kapitals und der Widerstand gegen das Kapital. Diese Geschichte ist seit jeher eine Geschichte der Gewalt gewesen.

Die Vielschichtigkeit der lateinamerikanischen Wirklichkeiten kann selbstverständlich nicht immer in so absoluten Kategorien und klaren Gegenüberstellungen eingeteilt werden. Tatsächlich gibt es viele Formen gesellschaftlichen Lebens, die sich zu unterschiedlichen Anteilen aus beiden Lebensentwürfen speisen und somit widersprüchlich erscheinen. Den-

noch ermöglicht diese Darstellung eine analytische Lesbarkeit der lateinamerikanischen Verhältnisse. Anhand dieser lassen sich politische Strategien und Praktiken erarbeiten. Sie helfen uns, einen fundamentalen Widerspruch zwischen den autoritären, oft gewalttätigen Formen dieser Herrschaft und möglichen Wegen jenseits dieser Herrschaft herauszuarbeiten.

Für uns stellt sich nun die Frage, wie das gegenwärtige Ringen und die gegenwärtige Gewalt zu begreifen sind. Wagen wir einen Blick zurück ins vergangene Jahrhundert. Dort zeigen sich klarere Konstellationen als heute. Vollerorts gab es ein Ringen zwischen verschiedenen ideologisch ausgerichteten linken Gruppen und Organisationen, die auf nationaler Ebene gegen Militärregierungen agierten. Letztere erfuhren breite Unterstützung vom großen Nachbarn aus dem hohen Norden. Diese klare Konfliktlinie von damals ist heute weitestgehend verwischt. Wenn diese Konfliktlinie heute nicht mehr so existiert, gegen wen und was entlädt sich dann die gegenwärtige Gewalt? Welche Funktion hat sie, worauf gründet sie? Wie sind die Zwangsrekrutierungen von Jugendlichen und die Zonen des Schweigens im mexikanischen Chiapas zu deuten? Warum liegt die Mordrate Guatemalas heute höher als zu Zeiten des Krieges? Welchen Zweck erfüllt das Platzieren getöteter Körper in den Straßen Brasiliens? Welche gesellschaftliche Ordnung wird durch diese Gewalt stets aufs Neue pro-

duziert? Kurzum, was ist der neue Nutzen der Gewalt im Lateinamerika des 21. Jahrhunderts?

Diese Fragen vermitteln eine erste Ahnung davon, wohin unsere Reise des Begreifens gehen wird. Sie weisen in die gleiche Richtung, wie sie der Schriftsteller Roberto Bolaño eine seiner Figuren in „Los detectives salvajes“ aufzeigen ließ: „Dann erzählte ich ihm, was mir durch den Kopf gegangen war. Belano, sagte ich, der springende Punkt ist, ob das Böse [die Straftat, das Verbrechen oder wie auch immer Sie es nennen wollen] zufällig oder kausal ist. Wenn es kausal ist, können wir es bekämpfen, es ist schwer zu besiegen, aber es besteht eine Chance, etwa wie zwei gleich schwere Boxer. Wenn es hingegen zufällig ist, sind wir aufgeschmissen.“

Eine Antwort auf diese Fragen liegt in einer neuen Verbindung zwischen unterschiedlichen Gewaltformen und der Entwicklung des Kapitalismus', die zusammengenommen zu Politiken des Todes führen.

Gewaltpolypol, Kapital und überschüssige Subjekte

In den lateinamerikanischen Debatten, die den gleichen Fragen nachzugehen versuchen, wird seit einiger Zeit auf das Konzept der Nekropolitik zurückgegriffen, um dieser Realität der Gewalt analytisch habhaft zu werden. Achille

Mbembe, auf den dieses Konzept zurückgeht, untersuchte damit um die Jahrtausendwende eine neue Herrschaftsform, die darin besteht, „dass sich die Souveränität letztlich vor allem durch die Macht und die Fähigkeit ausdrückt, zu bestimmen, wer leben wird und wer sterben muss. Töten oder Leben-Lassen stellen daher die Grenzen der Souveränität dar und sind ihre grundlegenden Kennzeichen. Souveränität ausüben heißt, die Sterblichkeit zu kontrollieren.“ Fortan ist die Souveränität nicht länger versucht, die Autonomie der ihr unterworfenen Subjekte zu beschränken, sondern sie zielt auf „die verallgemeinerte Instrumentalisierung der menschlichen Existenz und die materielle Zerstörung menschlicher Körper und Bevölkerungen“ ab. Dieser schrankenlose Zugriff der Souveränität auf das Leben stellt Körper und Bevölkerungen als entbehrlich und überflüssig dar. Sie sind, so Mbembe viele Jahre später in seinem Vortrag in Mexiko-Stadt, als er erstmals wieder auf den Begriff der Nekropolitik Bezug nahm, legitime Objekte dieser Gewalt der Nekropolitik.

Dass es in Lateinamerika eine fast schon unterschieds- und maßlose Anwendung von Gewalt gibt, ist unbestreitbar. Ebenso unbestreitbar ist der Umstand, dass verschiedenste Interessensgruppen, die sich nicht selten aus öffentlichen legalen und privaten – legalen wie illegalen – Teilen zusammensetzen, um die Hoheit über bestimmte Territorien konkurrieren. Statt eines staatlichen Gewaltmonopols liegt

vielerorts ein hybrides Gewaltpolypol vor. Die Welt der Nekropolitik ist eine Welt voller zerfaserter Gebiete und hybrider Herrschaft. Ebenso ist sie eine Welt voller Brutalität. Es gibt nichts anachronistischeres, als einen gewöhnlichen gewaltsamen Tod herbeizuführen. Der Tod muss brutal erfolgen und der Körper des Opfers muss in der Öffentlichkeit platziert werden, um so der Souveränität des hybriden Gewaltpolypols Nachdruck zu verleihen. Welche Funktion aber, ließe sich hier zurecht anmerken, erfüllt die Nekropolitik?

An dieser Stelle knüpft Sayak Valencia an. Am Beispiel Mexikos verbindet Valencia die Gewalt der Nekropolitik mit den Effekten der Neoliberalisierung der Gesellschaft. Demnach verkommen die Körper zu „Tauschprodukten, die die Logik des Produktionsprozesses des Kapitals verändern und brechen.“ Diese erste materialistische Erweiterung des Nekropolitik-Konzepts scheint mir fundamental zu sein, funktioniert die Nekropolitik schließlich auf einer politökonomischen Grundlage. Deswegen erfolgt die Ausübung von Kontrolle und Macht über die Territorien und über die jeweilige Bevölkerung zugunsten der Kapitalakkumulation. Die Politik des Todes ist vor allem eine kapitalgetriebene Produktion von Tod.

Dabei ist die Produktion von Tod im Rahmen der kapitalistischen Wertschöpfung alles andere als ein postkolonialer Unfall. Sie zeigt sich als logische Konsequenz aus der Entwicklung des

Kapitalismus und den Dynamiken des Kapitals. Damit der Kapitalismus als weltumspannendes Gesellschaftssystem auch morgen noch funktioniert, muss sich das Kapital immerzu reproduzieren, muss es stets neue Wege und Möglichkeiten finden, um die Akkumulation um seiner selbst willen zu betreiben.

Kapitalistische Inwertsetzung und allumfassender Wettbewerb

Um weiter zu bestehen, muss das Kapital auch expandieren. Deswegen werden nicht kapitalisierte Arbeitsverhältnisse (wie Reproduktionsarbeit), eigenständige Systeme (wie das Ökosystem) oder gesellschaftliche Organisationsbereiche (wie das Gesundheitssystem) stetig in die Organisations- und Profitlogik des Kapitals absorbiert.

Die neoliberale Phase des Kapitalismus ist Ausdruck dieser expansiven Reproduktionsdynamiken des Kapitals. In dieser Phase wandelten sich die lateinamerikanischen Länder in Gesellschaften, die sich – ähnlich wie zur Kolonialzeit – primär auf den Güterexport und die Reichtumskonzentration beschränken. Allen gemein ist eine Zunahme von Inwertsetzungsstrategien von noch nicht oder nicht gänzlich durchkapitalisierten Räumen, ein Aufbrechen gesellschaftlicher Kollektivstrukturen sowie ein Versagen des Marktversprechens. Das neoliberale Versprechen, wonach der legale Markt

Mechanismus für individuellen Wohlstand und Glück sei, funktioniert schlichtweg nicht.

Ohne gesellschaftliche Strukturen, die es auf-fangen und leiten könnten, entstand so ein prekariertes neoliberales Subjekt, das ohne positiven Ausblick auf die Zukunft auf sich allein gestellt ist. Es ist Teil einer sogenannten überschüssigen Bevölkerung. Seine Arbeitskraft ist von keinem Wert. Diese Subjekte können noch nicht einmal ihre Arbeitskraft innerhalb des legalen Rahmens verkaufen, oder wenn doch, können sie nicht ihre Reproduktionskosten decken, da der gezahlte Lohn dafür zu gering ist.

Bei diesen Subjekten hat sich jedoch eine „neoliberale Vernunft“ eingenistet, wie es Verónica Gago nennt. Sie haben diese Vernunft internalisiert und wandeln sie entsprechend ihrer Möglichkeiten und ihrer Umgebung um. Diese Subjekte bilden die soziale Basis für die Expansion der Gewaltökonomien, sie sind Teil der Nekropolitik. Statt gesellschaftlicher Kooperation dominiert der Wettbewerb: alle gegen alle. Ihr Ruf ist keine politisierte Reaktion auf die Zustände, keine Rebellion der Habenichtse, sondern die durch die Nekropolitik deformierte Antwort, um aus der individuell erfahrenen Misere auszurechnen.

Der fundamentale Unterschied zwischen der Gewalt heute und der des 20. Jahrhunderts liegt in der Ökonomisierung aller öffentlichen

und privaten Lebensbereiche. Verliep die Gewalt im 20. Jahrhundert noch weitestgehend unter politischen Vorzeichen, strukturiert sie sich im jetzigen Jahrhundert größtenteils unter ökonomischen Vorzeichen. Waren die damaligen kollektiven Kämpfe vom Wunsch nach einer anderen Gesellschaft inspiriert, konzentrieren sich die heutigen Anstrengungen größtenteils um die Ausgestaltung des eigenen Lebens innerhalb vorgegebener kapitalistischer Muster.

Wege der Befreiung


Wie zu Beginn der Kolonialisierung oder zu Beginn der Militärdiktaturen stellt sich auch heute unter den veränderten Verhältnissen der Nekropolitik die Frage, welche Richtung die politischen Kämpfe und der Widerstand dagegen einschlagen können. Die Ausgangsbedingungen wurden grob skizziert. Vielleicht zeigen sich erste Anzeichen von Wegen zur Befreiung von der Nekropolitik und der kapitalgetriebenen Todesproduktion in just den Politiken, die bewusst und umfänglich mit der Reproduktionslogik des Kapitals brechen. Politiken, die stattdessen Verhältnisse, Systeme und Bereiche schaffen, die sich anhand anderer Kriterien regulieren und gestalten, als die der Mehrwertproduktion. Mit Hilfe solcher politischen Ansätze wären nicht nur bestimmte lateinamerikanische Realitäten besser verständlich, sondern ebenso ein Bruch mit der Politik des Todes möglich. Diese Ansätze

werfen einen Blick auf einen zentralen Antagonismus im 21. Jahrhundert. Oder, wie es die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) im August 2021 in folgende Worte kleidete: „Denn zu leben bedeutet nicht nur, nicht zu sterben, bloß zu überleben. Als menschliche Wesen zu leben, bedeutet, in Freiheit zu leben. Leben ist Kunst, ist Wissenschaft, ist Freude, Tanz, ist Kampf.“

Dieser Beitrag erschien zuerst in der Zeitschrift ila, Nr. 479.



DEMOKRATIE : WIDERSTAND GEGEN AUTORITARISMUS



Von der Amtsenthebung der ehemaligen brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseffs 2016 bis zum Regieren per Dekret im seit 2022 andauernden Ausnahmezustand in El Salvador unter Nayib Bukele: Anders als zu Zeiten der Militärdiktaturen des letzten Jahrhunderts werden demokratisch gewählte Regierungen inzwischen nicht mehr durch gewaltsame Putsch gestürzt. Stattdessen werden rechtsstaatliche Institutionen, Prozesse und Werte schleichend ausgehöhlt. Besonders im Fokus: die Justiz. Unabhängige Richter:innen werden aus dem Amt gedrängt, willfähiges Personal auf entsprechende Posten gehievt. Politisch instrumentalisiert wird diese Justiz dann gegen unliebsame Politiker, Journalistinnen, Menschenrechtsverteidiger und andere kritische Köpfe. Repressive NGO-Gesetze schränken die Arbeit von Vereinen und Organisationen ein. Sind Freiheitsrechte, Presse und Justiz erst einmal geschwächt, wird der Weg frei für die straflose Selbstbereicherung der Elite und direkte Angriffe auf indigene Gemeinden und Menschenrechtsverteidiger:innen.

Doch so real die Bedrohung durch die autoritären Kräfte ist, so real ist auch der Widerstand aus der Gesellschaft: Dass in Brasilien der Faschist Jair Bolsonaro von Lula als Präsident abgelöst wurde und dass die demokratisch gewählte Regierung Guatemalas sich dem „Pakt der Korrupten“, der viele Institutionen des Landes kontrolliert, wenigstens vorerst widersetzen kann, ist zivilgesellschaftlichen Allianzen zu verdanken – von indigenen Gemeinden über engagierte Journalist:innen und soziale Bewegungen bis zu kritischen Anwäl:innen und feministischen Kollektiven. Sie verteidigen ihr Recht auf Selbstbestimmung und die Demokratien, die sie nach Militärdiktaturen und schmutzigen Kriegen erkämpft haben.

AUSGEWÄHLTE PROJEKTE

EL SALVADOR: ERINNERN, UM ZU VERÄNDERN

In den vergangenen Jahren hat Präsident Bukele in El Salvador eine autoritär-populistische Herrschaft etabliert. Mit harter Hand und einem wiederholt verlängerten Ausnahmezustand führt er einen Kampf gegen die Gewalt der Straßengangs. Dabei ist ihm jedes Mittel Recht: Zwar sind vormals umkämpfte Stadtviertel inzwischen befriedet, Bukeles drastische Sicherheitspolitik ist populär und zum regionalen Vorbild aufgestiegen. Doch der Preis ist hoch: Polizei und Militär haben Zehntausende Menschen festgenommen – darunter viele Unschuldige. Folter ist an der Tagesordnung, Dutzende sind in überfüllten Haftanstalten gestorben, viele verschollen. Mit seiner verfassungswidrigen Wiederwahl 2024 konsolidiert Bukele sein autoritäres Regime. Unter diesen Bedingungen hält das Museo de la Palabra y la Imagen (MUPI) in San Salvador die Erinnerung an die Geschichte des Kampfes um Demokratie und Menschenrechte in El Salvador aufrecht. Ausstellungen und Bildungsprojekten sollen verhindern, dass soziale und politische Krisen, Konflikte und Brüche in Vergessenheit geraten oder von rechts umgeschrieben werden. Insbesondere junge Menschen lernen im MUPI für eine demokratische Zukunft des Landes – und den Grundsatz, dass niemand über dem Gesetz steht.



Das MUPI eröffnet andere Perspektiven auf die Geschichte.

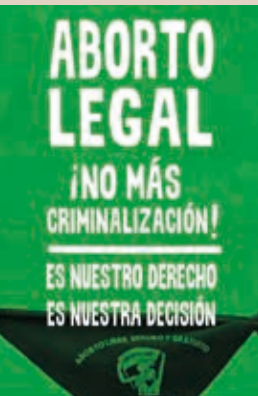


medico international unterstützt seit Jahrzehnten Partnerorganisationen in Lateinamerika. Ihre Kämpfe für Gesundheit, Menschenrechte und Demokratie schaffen die Bedingungen für ein gutes Leben in Würde und Selbstbestimmung. Zusammen können wir diese Bestrebungen nachhaltig fördern.

Spendenkonto medico international | Stichwort: Lateinamerika
DE69 4306 0967 1018 8350 02 | www.medico.de/spenden

NICARAGUA/COSTA RICA: WIDERSTAND AUS DEM EXIL

Im Land der sandinistischen Revolution ist die Aufbruchstimmung von einst längst in ihr Gegenteil umgeschlagen. Schritt für Schritt hat das Regime Ortega/Murillo eine Diktatur errichtet, die jede Form des Widerstands und der Opposition unterdrückt. Bei der Niederschlagung der Protestbewegung 2018 starben über 320 Menschen. Seither sind über 5.000 zivilgesellschaftliche Organisationen verboten worden. Hunderte politische Gefangene wurden direkt aus der Haft ins Ausland geschafft, enteignet und ihrer Staatsangehörigkeit beraubt. Betroffen ist auch die medico-Partnerorganisation Popol Na, die über 30 Jahre lang bäuerlichen Widerstand gegen Naturzerstörung und Autoritarismus in Nicaragua unterstützte. Heute kommt Popol Na eine Schlüsselfunktion im costa-ricanischen Exil zu: bei der Unterstützung exilierter bäuerlicher Aktivist:innen, die sich nahe der nicaraguanischen Grenze angesiedelt haben, und beim Aufbau politischer Strukturen in Vorbereitung auf eine mögliche Rückkehr nach Nicaragua.



„Abtreibungen legalisieren!“ Ein zentrales Kampffeld des lateinamerikanischen Feminismus.

CHILE/BRASILIEN: FEMINISTISCHE FÜRSORGE GEGEN AUTORITARISMUS

In Lateinamerika sind es in starkem Maß feministische Bewegungen, die für alternative Lebensweisen, für Demokratie, Diversität und den Schutz der Rechte von Frauen, trans und nichtbinären Menschen eintreten. Sie rücken soziale Ideale jenseits neoliberaler und konservativer Ideologien ins Zentrum und setzen gegen die patriarchale, ausbeuterische Ordnung auf Solidarität und Praktiken der Fürsorge. In Chile hat es die Coordinadora Feminista 8 de Marzo geschafft, Kämpfe zu vereinen und 2020 die größte feministische Mobilisierung der chilenischen Geschichte organisiert. Nachdem ein dezidiert progressiver Verfassungsentwurf bei dem Referendum 2022 keine Mehrheit erzielt hat, mobilisiert das Netzwerk nun von unten gegen die erstarkte extreme Rechte im Land. In Brasilien bietet das aktivistische Frauenkollektiv der Escola Feminista Abya Yala in der Peripherie von São Paulo einen sicheren Raum, in dem sich cis- und trans-Frauen über den Umgang mit Ausgrenzung, Rassismus und Gewalt austauschen und sich gegenseitig Kraft geben, auch im Widerstand gegen neoliberale Ausbeutung und gesellschaftliche Verrohung.

MASCHINERIE DER GEWALT

Seit Jahrzehnten werden Frauen in der mexikanischen Grenzstadt Ciudad Juárez brutal ermordet. Warum ändert sich nichts?



Foto: médico

Im Süden von Ciudad Juárez wurde das Monument von Angehörigen zum Mahnmal für die Feminizide umgewidmet, die die Stadt bis heute erschüttern.



Von Jana Flörchinger und Moritz Krawinkel

An einer vielbefahrenen Kreuzung im Südosten von Ciudad Juárez, zwischen Neubauten, Hotels, Tankstellen und Gewerbeanlagen, betreten wir einen unwirklichen Ort: die Gedenkstätte „Campo Algodonero“. 2001, als hier noch Feld war, wurden zwischen Baumwollpflanzen acht Leichen gefunden, die Überreste von Mädchen und Frauen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren. Viele Jahre später wurde hier ein Ort der Erinnerung geschaffen. Das Gelände ist von einer Mauer umgeben. Im Zentrum ist eine steinerne Gedenktafel in der Erde verankert, die an die ermordeten Frauen erinnert. Daneben gibt es weitere Tafeln, auch sie tragen weibliche Namen. Und überall vergilbte Plakate mit Suchaufrufen nach verschwundenen und nie gefundenen Mädchen und Frauen. Die Wände der Gedenkstätte sind überzogen mit feministischen Graffiti, aus denen Anklage, Wut und Trauer sprechen. Es ist ein merkwürdig unfertiger Ort, gleichzeitig offiziell und provisorisch. Auf rosafarbenen Holzkreuzen fordern drei Worte „Ni una más“: Keine mehr.

Seit drei Jahrzehnten ist die Grenzstadt im Norden Mexikos, eines der wichtigsten Wirtschaftszentren des Landes und nur einen Steinwurf von El Paso im US-amerikanischen Texas entfernt, berühmt-berüchtigt: Ciudad Juárez ist bekannt als eine der gefährlichsten Städte der Welt, von Drogenkartellen und Banden beherrscht und von einer mörderischen Gewalt gegen Frauen gezeichnet. Anfang

der 1990er-Jahre machten Journalist:innen und Aktivist:innen erstmals eine Vielzahl von Morden an Frauen öffentlich, sogenannte Feminizide. Die Verbrechen waren zugleich brutal und systematisch: Die Täter inszenierten die entstellten Körper der Opfer gut sichtbar an vielbefahrenen Kreuzungen und anderen öffentlichen Orten. So ging es Jahr für Jahr weiter, hundertfach, tausendfach. Bei den meisten Opfern handelte es sich um junge Frauen, Heranwachsende und Mädchen aus wirtschaftlich prekären Verhältnissen.

Gewalt und Maquila

Wie ein Magnet zieht die hiesige Gewalt seither weltweit Aufmerksamkeit auf sich. Es gibt unzählige Veröffentlichungen über die „Stadt der Frauenmorde“, auch eine Netflix-Serie erzählt von der Gewalt in Ciudad Juárez. An der Situation geändert hat sich gleichwohl wenig. Auch in den vergangenen fünf Jahren wurden hier 800 Frauen ermordet, allein 2023 waren es über 150. Die Mordrate der Stadt ist 40 Mal so hoch wie die Berlins. Wie kommt es, dass sich die Gewalt so tief und scheinbar unabänderlich in die Stadt eingeschrieben hat?

Wir sind mit Leobardo Alvarado am Stadtrand von Ciudad Juárez unterwegs, wo Fabrik-Rohbauten, trostlose Siedlungen, Brachen und Abzweigungen ins Nichts in die Wüste übergehen. Alvarado ist Soziologe und Aktivist.

Mit rauer Stimme erzählt er uns von der Entwicklung der Stadt. „Hier hat man sich schon immer eine goldene Nase damit verdient, was in den USA benötigt wird oder untersagt ist.“ Während der Prohibition wurde in Juárez massenhaft Whisky produziert. Die Stadt entwickelte sich zu einem Las Vegas im Schatten der Grenze und des Gesetzes, mit Bars, Casinos und Nachtclubs samt Schutzgeldgeschäften und Entführungen. Hinzu kam der grenzüberschreitende Handel – mit Drogen mit all seinen Begleiterscheinungen. Bis heute prägt er die Gewalt-Ökonomie der Stadt. Vor allem aber ist Ciudad Juárez zur verlängerten Werkbank der USA geworden. „In den 1960er- und 1970er-Jahren entstanden die Maquilas und transformierten die bis dahin bäuerlich geprägte Region grundlegend“, erklärt Alvarado. Maquilas sind Montagefabriken, in denen zunächst die Konsumgüter für die wachsende Nachfrage in den USA zusammengeschrubt wurden: Autos, Haushaltsgeräte, Kleidung. Das Modell nahm Fahrt auf, Ciudad Juárez florierte. Viele konnten sich erstmals ein eigenes Häuschen leisten oder ein Auto kaufen. Die prosperierende Stadt investierte in Infrastruktur und Kultur, baute moderne Museen und Theater. Dann kamen die 1980er- und 1990er-Jahre und mit ihnen die neoliberale Globalisierung und die Freihandelsabkommen mit den USA. In Ciudad Juárez hat das einen vollends deregulierten Kapitalismus entfesselt. Alvarado: „Das heutige Maquila-System ist eine Maschinerie der Armut.“

Von einer Anhöhe aus öffnet sich der Blick auf eine Landschaft schmuckloser Montagefabriken, aneinandergereiht wie eine Flotte Raumschiffe. Die meisten Betriebe gehören transnationalen Konzernen, die Produktionszweige hierher ausgelagert haben. Auf einer Industriehalle leuchten im Sonnenlicht rote Buchstaben: BOSCH. Entlang einer Ausfallstraße werden gerade Dutzende weitere Hallen hochgezogen, in wenigen Monaten werden auch hier Arbeiter:innen am Fließband stehen und 48 Stunden pro Woche Autoteile lackieren, Sitzpolster zusammennähen, medizinische Geräte fertigen und Kühlschränke verschrauben. 350.000 der rund 1,5 Millionen Bewohner:innen der Stadt arbeiten in solchen Hallen, weitere 400.000 Menschen sollen indirekt von der Industrie abhängig sein. Die Arbeitstage sind lang, die Löhne niedrig. Immer neue Migrationsbewegungen aus dem Süden des Landes und Zentralamerika machen die Arbeitskraft billig und ausbeutbar. Arbeitgeber haben angesichts der allgemeinen Straflosigkeit nur selten etwas zu befürchten, wenn sie den Gesundheitsschutz umgehen, gewerkschaftliche Organisation unterbinden oder Umweltauflagen ignorieren.

Eine pulverisierte Stadt

Parallel zu dieser Entwicklung haben Stadt und Staat Investitionen in Infrastrukturen und Sozialpolitik auf ein Minimum reduziert. Gan-

ze Siedlungen sind von der Wasserversorgung abgeschnitten, Straßen sind weder asphaltiert noch beleuchtet, Busse fahren selten. Das Leben der Arbeiter:innen ist auf das absolut Notwendige reduziert: Arbeit in der Fabrik, Reproduktion in trostlosen Siedlungen, dazwischen Konsum und ein wenig Freizeit in den Shopping-Malls. Einen öffentlichen Raum gibt es praktisch nicht mehr. Die Mauern, Zäune und Gated Communities der Bessergestellten verstärken die Spaltung. Der Sozialwissenschaftler Héctor Padilla von der Autonomen Universität Ciudad Juárez spricht von einer „pulverisierten, feudalen Stadt“. Wer kann sich sicher von hier nach da bewegen? Wer ist geschützt? Wer muss auf unbeleuchteten Wegen zur weit entfernten Bushaltestelle laufen? All das ist extrem ungleich verteilt. Die Dynamik der Stadt ist von schnellem Geld und Straflosigkeit geprägt. Laut Alvarado hat die Ökonomie der Montagefabriken die Spekulation mit Boden zum lukrativsten Geschäft für den Bausektor, transnationale Unternehmen der Maquilas und örtliche Drogenkartelle gemacht. Das, so Alvarado, sind die größten Kartelle der Stadt. Welche Rolle der Staat und seine Institutionen dabei spielen? Alvarado winkt ab. Diese seien tief durchdrungen von der organisierten Kriminalität. „Sie organisieren die Geschäfte“, die legalen wie die illegalen.

Was hat all das mit der systematischen Gewalt gegen Frauen zu tun? Die feministische Forscherin Julia Monarréz, die seit den

1990er-Jahren zu geschlechtsspezifischer Gewalt an der Grenze forscht, sieht einen klaren Zusammenhang: Mit dem Maquila-System in seiner neoliberalen Form seien auch die Feminizide aufgekommen: „Eine Moral der Individualisierung braucht Gewalt, um politische Organisierung zu erschweren.“ Die Gewalt individualisiere die Gesellschaft und „eine Stadt von Individuen bringt ausbeutbare Subjekte hervor“. Und Monarréz zufolge verbinden sich diese ökonomischen Gewaltverhältnisse in Ciudad Juárez mit der tief in der Gesellschaft verankerten patriarchalen Tradition. Die Ökonomie der Maquilas hat ihre Rolle als „Ernährer“ und „Familienoberhaupt“ gleich doppelt untergraben: Sie sind in eine Prekarität gerutscht, die nur durch die Erwerbsarbeit der Frauen aufgefangen werden kann. Viele Männer deuten diese Infragestellung als doppelten Angriff auf ihre Männlichkeit. Auch die argentinisch-brasilianische Anthropologin Rita Segato hat sich intensiv mit den „Frauenmorden von Juárez“ auseinandergesetzt. Sie betont: Ein „Mandat der Männlichkeit“ fordere Männer dazu auf, sich beständig als solche zu beweisen. Die Feminizide mit der öffentlichen Inszenierung misshandelter Leichen sind die extremste Form dieser Wiederherstellung von Männlichkeit.

All das vermischt sich in Ciudad Juárez mit der Macht und den Kämpfen der Kartelle. Alvarado hat an einer Brache in der Wüste angehalten. In dem sandigen Boden steckt ein

Holzkreuz mit einer verblichenen Schleife. „Hier wurde neulich eine Leiche gefunden“, erklärt er. Zufall sei das nicht. Der Körper und nun das Kreuz markieren ein Territorium: Hier beginnt das Einzugsgebiet eines Kartells. Dem mexikanischen Historiker Daniel Inclán zufolge hat diese scheinbar willkürliche Gewalt eine ordnende Funktion: Sie demonstriert Kontrolle. Der tote Körper einer Frau gut sichtbar auf einer Brache in der Wüste liegend – es ist die extremste Form einer männlichen Symbol- und Machtpolitik.

Wir treffen Verónica Corchado im Stadtzentrum auf einen Kaffee. Vor zehn Jahren hat sie das Kommunale Fraueninstitut aufgebaut, um Maßnahmen zur Prävention von geschlechtsspezifischer Gewalt anzustoßen. In dem Institut begleitet ein Team aus Psycholog:innen, Sozialarbeiter:innen und Anwält:innen Betroffene familiärer Gewalt. Die Mitarbeiter:innen entwickeln Vorschläge für eine geschlechtsspezifische Untersuchung bei Gewaltverbrechen gegen Frauen und Kinder. Und sie initiieren Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit. Im Stadtzentrum, wo die meisten Frauen und Mädchen verschwinden, ist auf Initiative des Instituts ein sogenannter Sicherheits-Korridor entstanden: An ausgeleuchteten Kreuzungen hängen Stadtpläne zur Orientierung. Sicherheitsnummern werden beworben, die Frauen in der Not anrufen können. Es sind kleine Verbesserungen. An den strukturellen Verhältnissen ändern sie

nichts. Verónica stellt ihre Tasse ab und ringt kurz um Fassung. Dann berichtet sie von einem Angriff auf das Institut. Vor vier Jahren haben Scherbewaffnete am helllichten Tag aus einem Pick-up mit Maschinengewehren auf das Gebäude geschossen. Warum das geschehen ist? Weil sich nichts ändern soll.

Immerhin: Das Institut ist nicht allein. Auch andere Menschen und Bewegungen wehren sich und versuchen, den pulverisierten städtischen Raum für das Leben zurückzuerobern. Eine Initiative organisiert Flohmärkte auf einem als gefährlich geltenden Platz im Stadtzentrum, eine andere hat ein Haus gekauft und darin ein soziales Zentrum gegründet. Graffiti-Künstler:innen veranstalten Mal-Aktionen mit Konzert an der Grenze. Feministische Demonstrationen sorgen dafür, dass sich Frauen zumindest für einen Moment sicher bewegen können. Viele der Initiativen sind direkt oder indirekt mit Familien verbunden, deren Kinder entführt oder ermordet wurden. Für feministische Bewegungen in Mexiko und Lateinamerika sind die Kämpfe von Angehörigen ein wichtiger Bezugspunkt. Aus der Analyse der Gewalt in Ciudad Juárez haben sich Ansätze entwickelt, um patriarchale Gewalt zu verstehen und Gegenstrategien zu entwickeln. Vielleicht ist das das Hoffnungsvollste, was sich sagen lässt: Aus der Gewalt erwachsen immer auch Versuche zu verstehen, Widerstand zu leisten und für Veränderung zu streiten.

Ein wegweisendes Urteil

Zurück auf der Gedenkstätte „Campo Algodonero“. Die Anlage geht nicht auf eine Initiative der Stadtverwaltung von Ciudad Juárez, der Regierung von Chihuahua oder des mexikanischen Staates zurück. Angesichts der Ergebnislosigkeit der polizeilichen Ermittlungen und behördlicher Ignoranz hatten die Eltern von drei der hier getöteten Frauen Klage eingereicht. In einem wegweisenden Urteil stellte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte 2009 das frauenverachtende Vorgehen der Behörden gerichtlich fest und machte den Staat Mexiko mitverantwortlich für die Folter, die sexualisierte Gewalt und den Mord an Mädchen und Frauen. Der Fall wurde zum Referenzpunkt des Widerstands gegen Feminizide. Das Gericht verurteilte den mexikanischen Staat auch dazu, Maßnahmen gegen die fortgesetzte Gewalt zu ergreifen sowie eine Gedenkstätte zu errichten. Letzteres hat er getan, jenen unwirklichen Ort zwischen Neubauten, Hotels und Gewerbeanlagen. Die Forderung nach Veränderung hingegen ist bis heute, 15 Jahre später, unerfüllt geblieben.



MENSCHENRECHTE: DIE STRAFLOSIGKEIT ÜBERWINDEN

Seien es die politischen Morde der Militärdiktaturen, sei es der Genozid im Guatemala der 1980er-Jahre: Systematische Menschenrechtsverletzungen sind in Lateinamerika seit Jahrzehnten Mittel zur Durchsetzung politischer wie ökonomischer Interessen. Zur Ausschaltung missliebiger Oppositioneller, zur Demoralisierung sozialer Bewegungen oder zur Niederschlagung bewaffneter Guerrilla-Gruppen – immer wieder setzen staatliche oder para-staatliche Akteure auf Gewalt. In unübersichtlichen Gewaltverhältnissen, wie sie in vielen Ländern der Region vorherrschen, gehen Menschenrechtsverletzungen zudem auch von nicht-staatlichen Milizen, Sicherheitsdiensten oder Unternehmen aus, deren Profitinteressen Menschenrechtsverteidiger:innen im Weg stehen. Seit einiger Zeit ist global zu beobachten, wie im Kontext von Autoritarismus und Rechtsverschiebung die Menschenrechte insgesamt diskreditiert und ihre Verfechter:innen diffamiert und angegriffen werden.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 heißt es: „Jeder Mensch hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.“ Die medico-Partnerorganisationen streiten an ihren Orten für eine solche Ordnung. Sie streiten für die Durchsetzung der Menschenrechte gegen Macht- und Profitinteressen und sie üben Druck in ihren Ländern aus, um die Rechte der Menschen zu verteidigen.

AUSGEWÄHLTE PROJEKTE

CHILE: DIE KRAFT DER KONTINUITÄT

Es gibt nicht nur Prinzipien, die über allem anderen stehen. Es gibt auch Strukturen, die diese Prinzipien verteidigen. Dafür steht in Chile die Corporación de Promoción y Defensa de los Derechos del Pueblo, kurz CODEPU. Sei es zur Zeit der Diktatur, während des zu kurz gekommenen Demokratisierungsprozesses danach oder in der Gegenwart: Die medico-Partnerorganisation bietet seit den 1980er-Jahren Menschenrechtsverletzungen und Unrecht die Stirn. Die mehrheitlich ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter:innen leisten psychosoziale Unterstützung und juristischen Beistand für diejenigen, die sich staatlicher Gewalt und autoritärem Neoliberalismus entgegengestellt haben – und es heute noch tun. Das ist nicht ungefährlich. In der chilenischen Gesellschaft ist eine zunehmende Polarisierung und Radikalisierung zu beobachten, die sich immer unverhohlener auch gegen Menschenrechtsverteidiger:innen richtet.



Seit Jahrzehnten unterstützen die Kolleg:innen der Coporacion de Promocion y Defensa de los Derechos del Pueblo [CODEPU] in Chile die Opfer von Menschenrechtsverletzungen und kämpfen gegen die Straflosigkeit.



Mehr Informationen, Reportagen und Berichte über aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika und der Arbeit der medico-Partnerorganisationen in der Region finden Sie auf der Webseite.

www.medico.de/lateinamerika

GUATEMALA: PSYCHOSOZIALE HILFE FÜR ÜBERLEBENDE

In dem jahrzehntelangen Krieg der Militärdiktatur gegen die eigene Gesellschaft ist in Guatemala ein Genozid an der indigenen Bevölkerungsmehrheit verübt worden. Doch auch nach dem Friedensabkommen Mitte der 1990er-Jahre setzt sich das Unrecht fort: Indigene Gemeinden werden weiterhin systematisch von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Das Equipo de Estudios Comunitarios y Accion Psicossocial (ECAP) unterstützt seit vielen Jahren die Überlebenden von Massakern, Folter und sexualisierter Gewalt mit psychosozialer Hilfe. An vielen Orten Guatemalas leisten die Kolleg:innen Ausbildungs-, Sensibilisierungs- und Advocacyarbeit für betroffene Gemeinschaften. Es geht um die Aneignung der Geschichte und Selbstermächtigung durch den Wiederaufbau sozialer Strukturen. Die hartnäckige Arbeit von ECAP hat auch in aufsehenerregenden Fällen zur gerichtlichen Verurteilung von Tätern und zur Anerkennung der historischen Wahrheit beitragen.



Foto: CRF

Die Aktivistinnen des colectivo Rosa Luxemburgo beraten und begleiten Frauen aus der Maquila in arbeitsrechtlichen Fragen.

MEXIKO: ÖKONOMIE UND GEWALT

Die Stadt Ciudad Juárez an der mexikanischen Nordgrenze ist Inbegriff einer mörderischen Kultur der Gewalt gegen Frauen. Seit den 1990er-Jahren, schon damals wurde hier der Begriff „Feminizid“ geprägt, werden in Ciudad Juárez Frauen in einem Ausmaß Opfer von Gewaltakten wie fast nirgendwo sonst. Tausende sind ermordet worden oder spurlos verschwunden. Bekannt ist Ciudad Juárez gleichzeitig für eine deregulierte Maquila-Ökonomie, in der internationale Unternehmen von einer prekarisierten Arbeiter:innenschaft Waren vor allem für den US-amerikanischen Markt fertigen lassen. Auch hier schlägt Frauen geschlechtsspezifische Gewalt entgegen: Ihre Löhne sind niedriger als die der männlichen Kollegen und sie erleben sexualisierte Übergriffe, Benachteiligungen und Belästigungen am Arbeitsplatz. Hiergegen engagiert sich das Colectiva Rosa Luxemburgo. Das Kollektiv von Frauen, die selbst in den Maquilas gearbeitet haben, setzt sich für die Rechte von Arbeiterinnen ein. Durch Aufklärung, Weiterbildungen und die Begleitung von Einzelfällen vor dem Arbeitsgericht stoßen sie kollektive Organisationsprozesse an und versuchen, die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen strukturell zu verbessern.



Foto: Marcelo Cruz

Die Landlosenbewegung MST mahnt durch Landbesetzungen und große Mobilisierungen die Durchführung der Agrarreform an.

WEITERMACHEN

Unter Bolsonaro kämpften die medico-Partnerorganisationen in Brasilien erfolgreich ums Überleben. Und heute?

Von Timo Dorsch und Jan Schikora

Bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2022 wählte eine hauchdünne Mehrheit den rechts-autoritären Präsidenten Jair Bolsonaro ab. Ganz verschwunden ist der Politiker und sein politisches Erbe aus der brasilianischen Gesellschaft zwar nicht, immer wieder kommt es in den großen Städten zu Pro-Bolsonaro-Kundgebungen. Eine neuerliche Kandidatur wurde ihm jedoch gerichtlich bis 2030 untersagt, wegen Geldwäsche und anderen Straftaten laufen außerdem weitere Ermittlungen. Man könnte nüchtern meinen: Die Lage ist deutlich entschärft. Oder?

Ein Blick zurück: Bolsonaro gewann Ende Oktober 2018 die Präsidentschaftswahl. „Es wird eine Säuberung geben wie nie zuvor in diesem Land“, tönte er noch als Kandidat im Wahlkampf bei einer Veranstaltung vor be rauschten Anhänger:innen in São Paulo. „Ich werde die Roten aus Brasilien wegfegen. Entweder sie verschwinden oder sie kommen ins Gefängnis.“ Bei anderen Gelegenheiten polemisierte er gegen sexuelle Minderheiten, Indigene, Schwarze und Frauen. Eine Woche später wählten ihn 58 Millionen Brasilianer:innen zum Präsidenten des bevölkerungsreichsten Landes auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Es folgten vier Regierungsjahre, über die heute noch gestritten wird, ob sie mit den Adjektiven neofaschistisch, rechtspopulistisch oder autoritär am besten beschrieben sind.

Dass die Ära Bolsonaro 2022 zumindest vor-

erst endete und ausgerechnet Ex-Präsident und Gallionsfigur Luiz Inácio da Silva, kurz Lula, von der Arbeiterpartei (PT) ihn ablöste, hat viel damit zu tun, dass Bolsonaro und seinen Gefolgsleuten in dessen Regierungszeit vielfältiger Widerstand entgegengesetzt wurde – vor allem von außerparlamentarischen Bewegungen und all jenen, die zur Zielscheibe von Diffamierungen, Ausgrenzung und Verfolgung wurden. Doch wie wehrt man sich effektiv gegen einen wahlweise rechts-populistischen, autoritären oder neofaschistischen Präsidenten?

Die Isolierung verhindern

Eine Antwort findet sich im Fundus der Landlosenbewegung Movimento dos Trabalhadores Sem Terra (MST), deren Anfänge in der Ära des von Bolsonaro verherrlichten brasilianischen Militärregimes gründen und deren Verfolgung als „terroristische Gruppe“ er im Wahlkampf versprochen hatte. Im MST organisieren sich brasilienweit rund eine halbe Million kleinbäuerliche Familien. Dank massenhafter Landbesetzungen ist die Bewegung über die Landesgrenzen hinaus bekannt und hat mittlerweile ein weitverzweigtes Netz landwirtschaftlicher und agrarökologischer Kooperativen und Vereinigungen aufgebaut, das beträchtliche Erfolge bei der alternativen Produktion von Nahrungsmitteln vorweisen kann. Ayala Ferreira gehört dem MST schon seit 22 Jahren

an. Heute koordiniert sie auf Landesebene den Sektor Menschenrechte. „Als Bolsonaro an die Macht kam, galt es vor allem, eine politische Isolierung zu verhindern“, erinnert sie sich. „Wir haben deshalb bewusst weniger Landbesetzungen durchgeführt und stattdessen die Tore zu unseren Siedlungen geöffnet. Wir wollten demonstrieren, wie produktiv solidarische, kollektive Gesellschaftsformen sein können.“

Während der Pandemie, in der rund 700.000 Brasilianer:innen an Covid-19 starben, verteilte der MST in großem Stil Lebensmittelspenden: ein Gegenentwurf zu Ignoranz und Inkompetenz der Regierung, die die Pandemie zuerst verharmloste und dann völlig überfordert war. Auf diese Weise hat die Bewegung viele Sympathien gewonnen, meint Ayala Ferreira. Gleichzeitig habe man sehr genau analysiert, wie die Privatmilizen des Agrobusiness im Verbund mit der Militärpolizei vor und bei Zwangsräumungen agierten. „Wir antizipierten, wie lange die Polizei brauchte, um anzukommen, wie groß ihre Einheiten waren und welche Wege sie benutzten. Straßenblockaden oder platte Reifen können dann sehr effektiv sein, um Zeit zu gewinnen und den Widerstand vor Ort zu organisieren“, erklärt die Menschenrechtskoordinatorin. „Das vereinzelt Individuum steht auf verlorenem Posten, die Kollektivität des Widerstands schützt.“ Eben deshalb habe der MST auch gezielt seine nationalen und internationalen

Netzwerke erweitert und sich aktiv an den zivilgesellschaftlichen Massenmobilisierungen gegen Bolsonaro beteiligt.

Selbstverteidigung und Straßenkampf

Eine andere Erfahrung des Überlebens und Kämpfens unter der rechtsautoritären Regierung kommt aus der Peripherie der Metropole São Paulo. Helena Silvestre, eine afroindigene Feministin und langjährige Aktivistin der urbanen Kämpfe um Wohnraum, hat 2019 – also schon unter Bolsonaro – das Kollektiv „Escola Feminista Abya Yala“ mitgegründet. „Das erste, was uns auffiel, war die neue Präsenz von Schlägertrupps und Neonazigruppen in den Straßen, die sich durch den Diskurs von Bolsonaro gestärkt sahen.“ Es habe regelrechte Jagden auf Aktivist:innen der Schwarzen Bewegung, auf Trans-Personen und queere Menschen gegeben. „Die enthemmte Gewalt war deutlich zu spüren.“

Angesichts der Gefahr zögerten die Stadtteilaktivistinnen nicht lange: Sie gründeten Selbstverteidigungsgruppen. Allein in der südlichen Peripherie von São Paulo stellten sich fünf Komitees den Neonazis entgegen. „Wir haben uns in Nahkampf geschult und versucht, die außerstaatlichen Strukturen in der Peripherie und den Gemeinschaften zu stärken – mitunter auch vergeblich“, so Silvestre.

Die Hasstiraden des Präsidenten, der Einfluss der radikalen Pfingstkirchen, die Zunahme der Polizeigewalt mit Todesfolge, der massive Sozialabbau, die zunehmende Militarisierung und die Aushöhlung demokratischer Institutionen – all das habe dazu beigetragen, das soziale Gefüge zu zersetzen.

Helena Silvestre betont, dass dieses Unheil nicht erst mit Bolsonaro begonnen hat. Immerhin folgte dieser fast unmittelbar auf eine rund 14-jährige Phase von Linksregierungen unter der Ägide der PT, zunächst mit Lula an der Spitze, dann unter Dilma Rousseff. Der PT sei es anfangs zwar gelungen, mit umfassenden Sozialprogrammen soziale Missstände anzugehen. Doch strukturelle Veränderungen habe es nicht gegeben, zumal die Regierung Allianzen mit der nationalen Bourgeoisie und transnationalen Kapitalfraktionen einging. „Das führte zu einer breiten Ermüdung der Menschen, angesichts eines Lebens ohne große Veränderungen und voller nicht erfüllter Versprechen“, resümiert sie.

Vor allem nach den breiten Protesten 2013 – zunächst gegen die Erhöhung der Nahverkehrspreise, zunehmend auch gegen Korruption, kapitalistische Auswüchse und urbane Segregationspolitiken, die im Vorfeld der Fußball-WM 2014 und der Olympischen Spiele enorm an Fahrt aufnahmen – sei die PT zur Ordnungspartei geworden. Mit den sich krisenbedingt verschlechternden Lebensbedingun-

gen der Menschen seien neben Frust und Enttäuschung auch soziale Ängste gewachsen. Das, so Helena Silvestre, habe den Aufstieg Bolsonaros vom blassen Abgeordneten zum Präsidenten und den Erfolg autoritär-neoliberaler Verheißungen erst möglich gemacht. In der Krise verfielen die radikal vereinfachenden Diskurse, vermeintlich Schuldige für die Misere auszudeuten: all jene, die die „traditionelle Ordnung“ im Land in Frage stellten. Das Resümee Silvestres: „Nach all den Enttäuschungen über die Linksregierungen war dann auch niemand bereit, zu ihrer Verteidigung auf die Straße zu gehen.“

Gesiegt, aber nicht besiegt

Die Wahl von Lula im Oktober 2022 wurde dennoch von vielen als eine Art Rückkehr zur Demokratie empfunden. Entsprechend groß war die Erleichterung, auch bei Ayala Ferreira und Helena Silvestre. „Der Sieg von Lula war das Ergebnis einer breiten Mobilisierung, der Rückkehr auf die Straßen, wo wir der Rechten die Räume streitig machten“, erinnert sich die MST-Aktivistin. „Dennoch: Wir haben zwar gesiegt, aber wir haben sie nicht besiegt.“ Tatsächlich ist die Rechte um Bolsonaro weiterhin stark, besetzt viele wichtige öffentliche Ämter im ganzen Land und bestimmt die Geschicke des Kongresses. „Das parlamentarische Ermittlungsverfahren, das gegen den MST eingeleitet wurde, um uns terroristische Aktivitäten

nachzuweisen, hat gezeigt, wie schwach die Regierungsbasis ist“, verdeutlicht Ayala, „auch die Gewalt gegen traditionelle Gemeinden und Aktivist:innen auf dem Land hat keineswegs abgenommen.“

Ähnlich sieht es Helena Silvestre, die daran erinnert, dass mit Geraldo Alckmin ein ausgewiesener konservativer Politiker das Amt des Vizepräsidenten bekleidet, in dessen Amtszeit als Gouverneur von São Paulo die oft tödliche Polizeigewalt besonders schlimme Ausmaße annahm. Ohnehin sei die Demokratie in Brasilien – gerade für die Schwarze Bevölkerung – ein Versprechen, das nie eingelöst wurde. „Natürlich habe ich Lula gewählt. Aber den Glauben an eine wirkliche Veränderung habe ich längst verloren. Im Gegenteil: Die Prekarisierung der Lebensverhältnisse wird immer brutaler“, so ihr düsterer Ausblick. „Irgendwann wird uns das ganze Land um die Ohren fliegen.“

Zwar ist die rechte Regierung erst einmal abgewählt und abgesetzt, doch gesellschaftliche Konflikte nehmen genauso zu, wie die Hürden für ein würdevolles und sozial abgesichertes Leben. „All das schafft einen Nährboden für die Rechte und ihren Autoritarismus – aber auch für neue Formen der Selbstorganisation“, fasst Silvestre ihre Gedanken zusammen. Denn gerade die Kämpfe um Wasser, Land, Wohnraum und Ernährung haben ihr zufolge in den letzten Jahren enormen Auftrieb erhalten.

Grundsätzlich mangle es jedoch an einem gesamtgesellschaftlichen Projekt, einer gemeinsamen Vision, da sind sich beide Aktivistinnen einig. Dennoch sei es wichtig, der extremen Rechten und anderen konservativ beharrenden Kräften weiterhin die Stirn zu bieten. Nicht nur in Gestalt seiner drei ältesten Söhne, die allesamt politische Ämter bekleiden, sondern auch mittels einflussreicher Gefolgsleute wie dem aktuellen Gouverneur von São Paulo, Tarcísio de Freitas, bringt sich der Bolsonarismus wieder in Stellung. Dass es dem Ex-Präsidenten nach wie vor gelingt, Tausende Anhänger:innen bei öffentlichen Kundgebungen zu mobilisieren, ist eine Mahnung.



GEGEN RAUBBAU, FÜR AUTONOME TERRITORIEN

Als Eduardo Galeano 1971 das Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas“ veröffentlichte, konnte er nicht ahnen, welche Aktualität Teile seines Werks auch 50 Jahre später noch besitzen. Die von ihm beschriebene kapitalistische Landnahme setzt sich weitgehend ungebremst fort, wenn auch in neuem Gewand. Mittlerweile prägen Neoextraktivismus und Grüner Kapitalismus den Wettstreit um Güter und Rendite – sei es durch den Abbau strategischer Rohstoffe wie Lithium, Nickel, Kupfer und Eisenerz oder die Jagd nach post-fossilen Energiequellen wie Wasserkraft und „grünem“ Wasserstoff. Dabei kooperieren vielerorts transnationale Unternehmen mit lokalen Eliten. Auch linke Regierungen knüpfen ihre Fortschrittsversprechen an Wirtschaftswachstum und Exportsteigerung, allzu häufig auf Kosten von Natur und lokalen Gemeinschaften.

Doch nicht nur die Ausbeutung erneuert sich, der Widerstand tut es auch. Alternative, kollektive Formen der sozialen und kulturellen Reproduktion entwickeln immer neue Formen des Überlebens und der Gegenwehr. Ein zentrales Konzept ist dabei das des „Territoriums“: Dieses zielt auf einen sozial, wirtschaftlich und kulturell weitgehend autonomen Raum, in dem traditionelle, häufig indigene Lebensweisen fortgeführt, aber auch neue, den Neoliberalismus herausfordernde Gegenentwürfe des Zusammenlebens entwickelt werden können. Hierfür stehen die zapatistischen Gemeinden in Mexiko, „Gemeinden im Widerstand“ der Mapuche in Südkile, aber auch Siedlungen der Landlosenbewegung MST oder selbstorganisierte feministische Räume in Metropolen wie Buenos Aires, Santiago, São Paulo bis Mexiko-Stadt.

AUSGEWÄHLTE PROJEKTE

BRASILILIEN: DEM AUSSTERBEN WIDERSTEHEN

An der Küste im brasilianischen Nord-Osten erfahren die traditionellen Fischergemeinden seit Jahren schon am eigenen Leibe die Auswirkungen der globalen Klimakrise – für die sie am wenigsten können. Während sich dort der steigende Meeresspiegel jährlich immer mehr Landmasse einverleibt, industrielle Krabbenzuchtanlagen die Mangrovenwälder verschwinden lassen, drohen zeitgleich immense On- und Offshore-Windparks die Produktions- und damit auch Lebensweise der Fischerfamilien zu zerstören. Die Anlagen zielen ausgerechnet auf die Produktion und den Export von sogenanntem Grünen Wasserstoff für den Globalen Norden ab. Das Instituto Terramar ist seit drei Jahrzehnten ein unersetzlicher Akteur in der Region und steht den – auch indigenen und schwarzen – Gemeinden und Familien juristisch und politisch bei. Mit einem langen Atem, viel Geduld und einer für solche Unterfangen nicht wegzudenkenden Freude an Protest und Widerstand, verkörpern sie vor allem eines: noch ist nichts verloren!

CHILE: KLIMA DER SOLIDARITÄT

Ausgetrocknetes Land, verbrannte Wälder, chronische Wasserkrisen – Chile steht bereits mit beiden Füßen in der Klimakatastrophe. In diesem Kontext organisiert das Movimiento por la Defensa del Agua, la Tierra y el Medio Ambiente [MODATIMA] Widerstand. Als eine der größten sozialen Bewegungen des Landes streiten die Aktivist:innen für die Rückgewinnung des Wassers, das in Chile seit den 1980er-Jahren massiv privatisiert wurde, als öffentliches Gut und Menschenrecht. Der Zerstörung der Umwelt setzen sie einen verantwortungsbewussten und demokratischen Umgang mit natürlichen Ressourcen entgegen. Damit schaffen sie ein Klima der Solidarität, das in einer ressourcenschonenden ökologischen Landwirtschaft gründet und nachhaltige Produktionsstrukturen fördert. MODATIMA übersetzt damit den Slogan der Klimagerechtigkeitsbewegung – „Klimaschutz ist Handarbeit“ – in konkrete politische Praxis.

AUTOR : INNEN



Timo Dorsch ist Südamerika-Referent bei medico. Aus wissenschaftlicher Perspektive arbeitet er seit Jahren zu Fragen der Gewalt in Lateinamerika und ist Mitherausgeber des Bandes „Geographie der Gewalt“.



Jana Flörchinger ist bei medico zuständig für die Arbeit in Mexiko und Zentralamerika. Ihre Schwerpunkte sind patriarchale Gewalt, Antifeminismus und transnationale queerfeministische Bewegungen. Sie ist Mitherausgeberin des Bandes „Geographie der Gewalt“.



Moritz Krawinkel ist seit zehn Jahren für medicos Kommunikation zu Zentralamerika und Mexiko zuständig. Seitdem hat er die Region vielfach bereist, Berichte, Reportagen und Interviews veröffentlicht und auf Veranstaltungen zu aktuellen Entwicklungen gesprochen.



Jan Schikora arbeitet seit drei Jahren in der Abteilung für transnationale Kooperation und ist dort für Südamerika zuständig. Davor hat er viele Jahre in verschiedenen Ländern Süd- und Mittelamerikas gelebt und gearbeitet, darunter in Brasilien und Chile.



Kriege verstetigen sich, globale Krisen eskalieren. In diesen Zeiten braucht Solidarität mehr denn je einen langen Atem. Hier helfen uns Fördermitgliedschaften. Als Fördermitglied unterstützen Sie medico-Partner:innen weltweit, auch in Regionen die nicht im Fokus der Öffentlichkeit stehen und stärken die Unabhängigkeit unseres politischen Handelns.

Jetzt medicoinformation-Fördermitglied werden!



medico international